

---

**2087/J XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 15.05.2009**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

des Abgeordneten Zinggl, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

betreffend den Sängerknaben-Konzertkristall im Augarten

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise beeinträchtigt die meisten Bereiche menschlicher und künstlerischer Beziehungen und macht auch vor der seriösesten Privatstiftung nicht Halt. Es besteht daher Grund zur Sorge, dass auch die POK Pühringer Privatstiftung unter den Konsequenzen der Krise ächzt und dies Auswirkungen auf den Bau des Sängerknaben-Konzertkristalls im Augarten haben könnte.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Können Sie ausschließen, dass für die Errichtung des Konzertkristalls der Wiener Sängerknaben am Augartenspitz finanzielle Mittel aus Ihrem Budget eingesetzt werden?
2. Gibt es nach Ihrem Kenntnisstand Anzeichen dafür, dass der Verein Wiener Sängerknaben oder die POK Pühringer Privatstiftung auf der Suche nach (privaten oder öffentlichen) Drittmitteln für den Bau des Konzertkristalls ist?
3. Die POK Pühringer Privatstiftung hat angekündigt, die jährlichen Betriebskosten für den Konzertkristall in Höhe von vermutlich 700.000 Euro pro Jahr zu übernehmen. Ist diese Zusage nach wie vor aufrecht?
4. Wie sieht das Szenario in Ihrem Ministerium für den Fall aus, dass die POK Pühringer Privatstiftung aus der versprochenen Komplettfinanzierung des Projektes Sängerknaben aussteigt und etwa einen unfertigen Konzertkristall-Rohbau im Augarten hinterlässt?
5. Sollte der beschriebene Fall eintreten: Können Sie garantieren, dass Ihr Ministerium die Kosten für die Baufertigstellung nicht übernimmt?

6. Wie sieht das Szenario im Ministerium für den Fall aus, dass die POK Pühringer Privatstiftung irgendwann die laufenden Betriebskosten für den Konzertkristall nicht mehr bezahlt?
7. Sollte der beschriebene Fall eintreten: Können Sie garantieren, dass Ihr Ministerium die anfallenden Betriebskosten nicht übernimmt?